Reproduzieren wir die damaligen, Vorgänge, so spielte sich die Angelegenheit folgendermaßen ab: Schwarz war unsprünglich bereit, niederzulegen. Durch Beeinflussung "einzelner Genossen" (leitender Funktionäre) entdeckte er plötzlich, daß er das aus Rücksicht auf seine Existenz nicht könne. Nun weigerte er sich und erklärte nach "Besprechung mit einzelnen Genossen"; die ihm die "Theorie" dafür geliefert hatten, "er sei als Marxist zu der Ueberzengung gekommen, daß er sicht niederlegen" dürfe. (11)

Nach dieser Darstellung der Vorgänge, für deren Echtheit wir uns verbürgen und die übrigens durch die Thesen selbst bestätigt wird, sind die Thesen in diesem Falle "sachlich richtig". Im übrigen erhalten die Parteimitglieder Anschauungsunterricht, "wie so etwas gemacht wird". Wir hoffen jedoch, daß der Parteitag von diesem politischen Jesuitentum

Einen geschickten Schachzug hat der GHA gemacht, indem er einen ganzen Abschnitt der Hamburger Entschließung in seine Thesen übernahm. Ob es ihm dadurch gelingen wird, die vernichten de Kritik der Hamburger Genössen abzuschwächen Massen wir dahingestellt. Der Kritik der Hamburger Entschließung, die in bezug auf die Differenzfrage von Entartungen spricht, die der Parteitag als antikommunistisch bezeichnen soll die die bisher gefundene Lösung als einen Verrat an den Grundsätzen der KAP. bezeichnet und von einer Methode organisatorischer Schachzüge seitens der Körperschaften, von Führerpolitik im alten Sinne spricht haben wir nichts hinzuzusetzen. Auch wir fordern den Rücktritt der in Frage kommenden Körperschaften, sowie der Redaktion, damit gewährleistet wird, daß die Organisation in Zukunft nicht wieder zum Spielball einzelner wird, die über zu starke Machtgelüste verfügen und die Partei in eine schlese Lage bringen.

Mit dem Punkt der GHA. Thesen, der davon spricht, daß der Parteitag nicht die Aufgabe hat, das Prestige einiger Genossen zu retten, sind auch wir einverstanden. Es gilt, das politische Gesicht der Partei wiederherzustellen; daneben die Rolle der Partei herauszuarbeiten in so klarer und eindeutiger Art und Weise, daß ein solches Abrutschen in Zukunft vermieden wird. Die Vernachläseigung zewohtlonärer Kritik an mieden wird. Die Vernachlässigung revolutionärer Kritik an den Schwächen der E. L., vornehmlich aber an ihrem Mitgliede Schwarz, entsprungen aus Rücksichtnahme auf "kleine Vortelle" und ähnliche Dinge, hat bewiesen, daß die Partei nicht völlig ihren Aufgaben gewachsen war.

Wappnen wir sie daher für die Zukunft durch eine ernst-hafte gemeinsame Diskussion, und wir leisten ihr und damit der revolutionären Bewegung den größten Dienst.

Diejenigen Genossen, welche glauben, der Fall Schwarz sei mit dem Erlöschen des Mandats im Mai erledigt, irren, Dieser Fall wird, selbst wenn es einen Abgeordneten Schwarz nicht mehr gibt, immer der Fall — der Sändenfall — der Partel sein, es sei denn, sie findet den Mut, ihn als Fehler zu erklären.

Mit dieser Auffassung, mit dem ehrlichen Willen der Wiederherstellung der unerläßlichen Parteieinheit auf dem Boden des Programms wird die Opposition auf dem Parteitag erscheinen. Sie rechnet auf ihre Zulassung, auf ehrliche Diskussion und setzt die Unterstützung weiter Kreise der Partei gegenüber diesen Selbstverständlichkeiten voraus. In diesem Sinne wollen wir gemeinsam mit der Opposition innerhalb der Partei kämpfen, um die KAP., von der unsere holländischen Genossen im Oktober 1927 sagten, sie sei die Klassenkampfpartel, die, wenn auch klein an Zaht, so doch groß in der Revolution ist.

Auf dem Parteitag lastet die schwere Verantwortung vor der Geschichte. Er wird zu prüsen haben, ob er es verantworten kann, über die Opposition hinwegzugehen, deren politische Grundlage mindestens eben so klar ist, wie die der Partei, die weder ideologische Einschläge des Essener Kathederkommunismus, noch der sektiererischen idealistischen Einheitsorganisation besitzt und die den ehrlichen Wunsch hat, an der Herausarbeitung einer klaren Parteilinie mitzuarbeiten. Die Opposition bietet ihre Hand; will man sie nicht, so wird sie sich auch dann nicht in salsche Bahnen drängen lassen, sondern unbeirrt ihren Weg im revolutionären Sinne von Partei und Klassenorganisation sortsetzen. von Partei und Klassenorganisation fortsetzen

Wir sind der Meinung, daß die Einheit im Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung Gebot der Stunde ist. Der Parteitag hat darüber die Entscheidung.

"Das Blechschild".

Rosa Luxemburg überschrieb so einen Spartakusbrief während des Krieges. In demselben geißelte sie in meisterhafter Art die Gewerkschaftsbürokratle. Sie kam dann zu folgender Schluffelgenung.

Schlußfolgerung:

"Während die herrschende Klasse des Altertums die Sklavenpeiniger und Henker selbst bezahlen mußte, so hat dieses die moderne Bourgeoisie nicht nötig; denn der Pröletarier, in erster Linie der deutsche, bezahlt seine Henker selbst durch die Mitgliedsbeiträge in den Gewerkschaften."

Die Nr. 3 der "Klassenfront" 2. Jahrgang nahm Stellung zum Streik bei der Firma Hartung, Moabit. Dort ist die Belegschaft zu 100 Proz. freigelb, d. h. im Deutschen Metallärheiterverband organisiert. Die Firma wollte die Löhne um 20 bis 30 Proz. reduzieren. Die Proletarier gaben die einzig mögliche und richtige Antwort: Sie traten in den Streik. Der DMV. verweigerte seine Sanktion, Die Proletarier haben wohl das Recht, ihre Bönzen zu finanzieren, aber sonst zu kuschen. Die "Klassenfront" brandmarkte zugleich die konterrevohutionäre Politik der KPD. mit ihrer Parole: Hinein in die Orgesch Gewerkschaften! Wie weit die Frechheit und Ge-

hutionäre Politik der KPD, mit ihrer Parole: Hinein in die Orgesch-Gewerkschaften! Wie weit die Frechheit und Gemeinheit der satten, im festen Solde stehenden Bonzen geht, für die nie Lohnabbau, sondern laufend Lohnerhöhung in Frage kommt, beweist nun folgende Notiz aus dem "Vorwärts" vom 25. März 1928, 2. Beilage:
"Eisenwerk Hugo Hartung, Berlin NW., Wicleistr. 16/17! Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns folgendes mitgeteilt: Auf Grund vieler Anfragen aus dem Betriebe teilen wir mit, daß ein sanktionierter Streik bei der Firma Hugo Hartung nicht besteht. Die Maschinenformer haben am 29. 2. 1928 die Arbeit niedergelegt, ohne die Zustimmung der Organisation für die Niederlegung der Arbeit zu erhalten. Versammungen, welche ohne Kenntnis der Organisation von der Streikleitung einberufen werden, ist keine Folge zu leisten. Listen zur Unterstützung des wilden Streiks sind einzubehalten und der Organisationsleitung zuzustellen."

Die Proletarier der KPD. und Leser der "Roten Fahne" sollten sich doch mal an den Kopf fassen und überlegen, ob nicht Rosa Luxemburg recht hatte mit dem Blechschild.

der Gewerkschaftseroberung.

Seit 1920 kämpft die KPD., um die Gewerkschaften seit 1920 kämpft die KPD., um die Gewerkschaften zu "revolutionieren", versucht sie, die Bonzensessel mit ihren Genossen an Stelle der Sozialdemokraten zu besetzen. Nachdem 3 Jahre lang "erobert" worden war, stellte man fest, daß der Einfluß der KPD. innerhalb der Gewerkschaften fast verschwunden war. Die "Oppositionellen" waren von der Bürokratie hinausgeworfen oder mit Funktionen versehen worden, in denen sie sich äußerst schnell zur SPD. entwickeln mußten. Um, einige Beispiele zu nennen, seien Peter Kasper, Berlin. Putz, Remscheid, Siegmund, Chemnitz aus der langen Reihe genannt. Der antigewerkschaftlichen Stimmung der Proletarier, die in Massen die "freien" Gewerkschaften verließen, Rechnung tragend, rief die KPD. neue "revolutionäre" Verbände ins Leben. Diese Industrieverbände für das Bau-, Bekleidungs-, Verkehrsgewerbe usw. hatten nur de n Zweck, den Gewerkschaftsgeist zu konservieren, die Arbeiter für die Manöver der Moskauer Politik zu halten. Bahd folgte dann auch wieder der Befehl von Moskau: "Hinein in die Gewerkschaften, 100-prozentige Gewerkschaftsarbeit". — Raus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln! Mit allen Mitteln wurde die Auflösung der KPD-Gewerkschaften betrieben, weh- und demütig um die Wiederaufnahme bei den Amsterdamer Gewerkschaften "gekämpft", die "Sünden" wieder gut gemacht. Der Kampf um die Bonzenkrippen begann von neuem mit aller Macht. Die KPD. wurde wieder der beste Zutreiber für die Orgeschgewerkschaften.

Schlecht entlohnt wird aber diese Anreißerrolle der KPD.;
denn sowie ein Versuch gemacht wird, einen Entgelt für den
ungeheuren Stimmaufwand des täglichen "Hinein in die Gewerkschaften" zu erhaschen, ein paar Posten zu besetzen,
antworten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer mit
allen Mitteln der Statuten und Paragraphen, mit der offenen
Diktatur, der völligen Rechtlosmachung der Mitglieder.
Ein großes. Wehklagen um die "Einheit" der Gewerkschaften ist jetzt wieder im Moskauer Blätterwald ausgebrochen; denn die Bonzokratie des "Einheits"-Verbandes der
Eisenbahner hat die, in ihrer Mehrheit oppositionelle, Ortsgruppe Königsberg i. Pr. aufgelöst und stellt den oppositionellen Ortsgruppen Insterburg, Allenstein und Stallupönen Schlecht entlohnt wird aber diese Anreißerrolle der KPD.;

gruppe Königsberg i. Pr. a u f g e l ö st und stellt den oppositionellen Ortsgruppen Insterburg, Allenstein und Stallupönen dasselbe in Aussicht. In einem famosen Revers sollen sich die Mitglieder verpflichten, dem Verbandsvorstand unbeschränkte Vollmachten gegenüber den "Eroberern" zuzugestehen: Jede Arbeit im Sinne der RGI. und KPD., alle Zellen- und Fraktionsarbeit ist Grund zum Ausschluß.

Auch im Metallarbeiterverband herrscht Belagerungszustand. In Remscheid ist wieder mal der DMV. "erobert" worden. Aber in Stuttgart ist es anders beschlossen. Der Verbandsvorstand erklärt die letzten Wahlen für ungültig und die Ortsverwaltung für abgesetzt, und das, wo die "tevolutionäre" Ortsverwaltung in einer Woche 176 Schäflein in die Hürde zurückzutreiben verstand, — sich doch wahrhaftig bewährt hatte. Aber die Konkurrenz ist zu gefährlich. Auch in Halle und Hagen wird die Ungültigkeitserklärung der letzten Wahl der "oppositionellen" Ortsverwaltung angedroht. Diese neuen Beispiele für die Unmöglichkeit, diese "Kampf-

Diese neuen Beispiele für die Unmöglichkeit, diese "Kampforganisationen", welche die Arbeiter durch Schiedssprüche verschachern, zu "erobern", müssen jeden denkenden KPD-Arbeiter zu der Ueberzeugung bringen, ob nicht diese Arbeit eine Sisyphusarbeit, eine nutzlose Vergeudung revolutionärer Kräfte, eine Verlängerung des Leidensweges der Arbeiterklasse ist, ob nicht der Weg, den die AAU. und KAP. zeigen, der kürzere, wenn auch im Anfang schwerere, aber richtige ist?

Nur wenn das revolutionäre Proletariat die Axt anlegt, das ganze, die Arbeiterklasse in ein Schock Berufsorganisationen zerreißende Gewerkschaftssystem mit seinem undurchdringbaren Drahtverhau von Satzungen, Klauseln und Paragraphen, mit seinen Tarifverträgen, Arbeitsgemeinschaften, Schlichtungsverfahren und Schiedssprüchen zertrümmert, sich zusammenschließt als Klasse in Betriebsorganisationen, als einige Kampffront in der Allgemeinen-Arbeiter-Union, wird die Bahn frei zum Ende aller Ausbeutung, zur proletarischen Revolution.

Oeffentlicher Diskussionsaben

in Fürstenwalde

mnabend, den 31. März 1928, abends 19 (7) Uhr, im Bestaurant Vellegarten", Windmühlenste Thema:

Welche Lehren zieht das Projetariat aus den letzten Lohnkämpfen? KPD., RFB. und KJVD. sind besonders dazu eingeladen

Einberufer: Ortsgruppe Fürstenwalde der KAP, und AAU.-Opposition.

Sie werden radikal!

Wenn man das Reptil der Arbeiterbewegung, den "Vorwärts" zur Hand nimmt, weiß man nicht, worüber man mehr verwundert-sein soll, über die abgrundtiefe, zynische Frechheit desselben, oder über die Gehirnverblödung seiner Leser, die diese "geistige Kost" zu sich nehmen.

So bringt der "Vorwärts" vom 25. 3. 28 unter der Ueberschrift "Zu m Kirch en a us tritt", folgenden Erguß:
"72 Millionen Mark sollen den verschiedenen Kirchen im kommenden Jahre in Preußen vom Staate, d. h. von den Steuergroschen ausgehändigt werden, trotzdem angeblich Staat und Kirche in Deutschland getrennt sind. Schuld an diesem Zustande haben alle diejenigen, die zwar innerlich mit der Kirche nichts mehr zu tun, äußerlich aber diese Bande noch nicht zerschnitten haben. Der kanitaliseisande noch nicht zerschnitten haben. Der kapitalistische Staat hat nur so lange ein Interesse an der Unterstützung der Kirchen, als noch große Teile des Volkes sich von diesen führen lassen. Wer da will, daß die genannte Sunnme kulturellen Zwecken zugeführt werden soll, muß aus der Kirche

Ein noch plumperes Spekulieren auf die Denkiaulheit und Stupidität der Leser ist nicht mehr möglich.

Die SPD. führt die Millionensummen Steuergroschen an, die jährlich den Kirchen in den Rachen geworfen werden, — und hat selbst jüngst im Landtag der jüdischen Kirche enorme Summen bewilligt! Man schiebt die Schuld auf diejenigen, die noch immer Kirchenmitglieder sind — und verschweigt, daß heute noch 44 Abgeordnete der SPD. der Kirche angehören, ganz zu schweigen von der Parteimitgliedschaft.

Der "Vorwärts" spricht vom kapitalistischen Staat! (seitwann dieser Tou; bislang war es nur soziale Republik und Volksstaat) und hat ihm selbst auf Bergen von Proletarier-leichen aufgebaut, mit Blut und Eisen geschaffen. Des weiteren davon, daß dieser Staat nur solange ein Interesse an den Kirchen habe, wie diese noch breite Volksmassen führen, und vergißt, daß in den Reihen der SPD. dieses Pfaffengesindel zu finden ist gesindel zu finden ist.

gesindel zu finden ist.

Ebensowenig Gewissensbisse machte der SPD. ihr Reichspräsidentenkandidaf Marx, den sie mit allen Kräften zum Vater ihrer "sozialen Republik" machen wollte. O, nein, das Reptil vergißt alle diese ungeheuren Tatsachen nicht; im Gegenteil, doch es rechnet mit der Vergeßlichkeit der Proleten und leider nur zu richtig.

Wenn man sich alle diese Tatsachen vor Augen hält, begreift man auch die Stellungnahme in der Märznummer "Der Freidenker", Zentralorgan des Verbandes für Freidenkertum und Peuerbestattung e. V., in dem die SPD. dominierend ist, in einem Artikel, betitelt:

"Warum fordern die Arbeiterführer nicht den Kindenseite"

Warum fordern die Arbeiterführer nicht den Kirchenaustritt." Man zitiert in diesem Artikel den Pazifisten und Kirchen-gegner Otto Lehmann, Rußbüldt, der in der "Welt-bühne" Nr. 8 einen Aufsatz über das Thema "Kirchenaus-tritt gegen Reichsschulgesetz" geschrieben hat. Nachdem man diesen Pazifisten über die Aufgaben der Kirche sprechen läßt, zieht man folgendes Fazit:
Es gibt in Deutschland 1,5 Millionen Konfessionslose; be den letzten Reichstagswahlen haben die Arbeiterpartelen ins

SPD. 7881 000 Stimmer KPD. 2709 100 Stimmer

Danach ergäben sich

welche noch Kirchenmitglieder sind und jährlich eine Kirchensteuersumme von 27 Millionen Reichsmark aufbringen.

Besser kann unsere Auffassung, daß die Wahlen die Massen zur Inaktivität erziehen, indem bei ihnen die Ideologie erzeugt wird, unsere Führer werden schon für uns kämpfen, nicht gekennzeichnet werden. Diese sogenannten neun Millionen Arbeiterwähler halten ihre Verpflichtung dem modernen Klassenkampf gegenüber für so gering, daß sie noch nicht einmal die Energie des Kirchenaustritts, dieses vollkommen gesetzlichen Mittels, aufbringen können.

Ueber die Schuldfrage der Arbeiterparteien zitiert man Otto Lehmann-Rußbüldt wie folgt:

"Muß man nicht nach früheren Vorgängen befürchten, daß die Linksradikalen erklären, diese Taktik entierne von der Linie des reinen Klassenkampfes? Das Gegenteil ist zwar richtig, aber mit diesem Einwand erstickt man erfolgreich iedes eigene Nachdenken des kampfesgewillten Arbeiters. Die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Funktionäre, die ständig unbewußt in der "Taktik" leben, den Gegner nicht allzusehr zu reizen, werden stirnrunzelnd erklären, man müsse alles der Entwicklung überlassen die 9 Millionen Arbeiterwähler

allzusehr zu reizen, werden stirnrunzelnd erklären, man müsse alles der Entwicklung überlassen, die "unbedingt" bei den nächsten Wahlen zum Siege führen werde."

nächsten Wahlen zum Siege führen werde."

Und weiter heißt es:
"Die Kommunisten, die so gern über den mangelnden revolutionären Elan der Sozialdemokraten die Nase rümpfen, sollten sich statt dessen einmal obige Zahlen ansehen. Wenn man selbst die 1½ Millionen Konfessionslosen voll auf das Konto der 2709 000 Kommunistenstimmen setzen würde, was durchaus nicht stimmt, so bleiben immer noch 1 200 000 Wähler übrig, die zwar den Klassenkampf mit Maschinengewehren gegen die Bourgeoisie proklamieren, aber aus Scheu vor ihrer Prau oder einer alten Tante einen kostenlosen Gang auf das Amtsgericht unterlassen." Amtsgericht unterlassen."
Der Extrakt dieser ganzen Zitate wird in

rusammengezogen, und zwar heißt es da:
"Für die Zukunft hat Lehmann-Rußbüldt wenig Hoffnung darauf, daß etwa die Arbeiterführer die Parole des Massenustritts aus der Kirche ausgeben werden, und er beurteilt

die Dinge offenbar nicht ganz unrecht. "
Hier gibt man also offen die utopistische Parlamentsparole vom "Ueberprüfen der Klassenfront" zu und gesteht,
daß man von den Spießern, die alle paar Jahre auf dem
Sonntagsspaziergang bei der Wahlurne mit vorbeigehen, nicht
mehr verlangen kann.

Für uns als KAP,- und AAU,-Genossen ist der Kirchenaustritt ein selbstverständliches Glied in der Kette
des Klassenkampfes, weil wir wissen, daß der Glaube an den
Sturz des Kapitalismus bedingt, daß ieder revolutionare Arbeiter allen Institutionen der Bourgeoisie den Kampf ansagt. was voraussetzt, daß er mit der damit verbundenen Ideologie

Jener SPD. jedoch gilt es, auch in dieser Beziehung die Maske vom Gesicht zu reißen, aber auch der KPD. mit revohutionärer Kritik gegenüberzutreten, meldeten doch erst jüngsteinlesige Hallelujablätter das Erstarken der Kirchenidee in Sowietrußland, unterstützt durch das Drucken von Bibeln in der Moskauer Staatsdruckerei.

GEG. als Scharlmacher.

Die Proletarier in den Konsumvereinen glauben, daß sie mit Hille des Genossenschaftswesens ein Stück praktischer Arbeit für den Sozialismus leisten. Als Dachorganisation dieser Konsumvereine existiert die Groß-Einkaufs-Genossenschaft (GEG.) Dieselbe ist mit dem R. d. Z., d. h. Relchsverband deutscher Zigarrenfabrikanten in einer Organisation.

Im vergangenen Jahr war bekanntlich die Tabakarbeiteraussperrung. Die GEG. betätigte sich dabei wie die schlimmsten Scharfmacher. Zu ihrem Verhalten nahm am 4. März 1928 eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Tabakarbeiter von Brake (Lippe) Stellung. Wir entnehmen diesem Bericht der Nr. 11 des "Tabak-Arbeiter":

"Ueber die Halting der GEG. während der letzten Aussperrung setzte eine lebhafte Debatte ein, die in folgender Resolution ihren Ausdruck fand:

"Die heute stattfindende Mitgliederversammlung legtschärfsten Protest ein gegen das Verhalten der GEG. während der letzten Aussperrung. Sie ist der Ansicht, daß eine Verbraucher-Organisation in einer reinen Kampforganisation, wie es der R. d. Z. ist, nichts zu suchen hat. Sie fordert alle freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Konsumvereinsmitglieder auf, gegen einen solchen Skandal Sturm zu laufen, und hier einmal mit eisernem Besen auszukehren, um die GEG. zu zwingen, aus der Unternehmernsraulsation auszukenten. zwingen, aus der Unternehmerorganisation auszutreten. Sie fordert alle Konsumgenossenschaftsvertreter auf, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Die Versammlung fordert ferner alle Zahlstellen des DTV. auf, dagegen zu protestieren, damit

alle Zahlstellen des DTV. auf, dagegen zu protestieren, damit sich solche Fälle nicht wiederholen.

Das klingt beinahe radikal. Doch die Preletarier vergessen immer wieder, daß das Kapital unpersönlich ist, d. h. es ist gleich, ob an der Spitze Jude, Heide oder Christ ist. Ebenso gleich ist es, wie ein Unternehmen, das Profit erzleich muß im Kapitalismus, sich nennt. Ob Konzern, Warenhaus. Spezialfabrik für dies oder jenes, oder letzten Endes Konsumgenossenschaft. Wenn die GEG. mit dem R. d. Z. ging und gegen die ausgesperrten Tabakarbeiter scharfmacherische gegen die ausgesperrten Tabakarbeiter scharfmacherische Maßnahmen duldete und selbst durchführte, so ist das eben konsequent kapitalistisch und entspricht ihrem inneren Wesen.

Organisations-Kalender. Kommunistische Arbeiter-Partei-Oppos Groß-Berlin.

1./5. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Grandenzerstr. 3.

Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Ochlschläger, Berlichingenstr. 5. Interbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Fränzel, Reinickendorierstr. 42.

4./18. Unterbezirk: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Parles, Hulelandstr. 32. Unterbezirk: Jeden 1. u. 3. Sonnabend im Monat Sitzung im Lokal Westphal, Schloßstr. 36.

Für den Pressefonds des "KA": Gen. Haese, 3. U.-B. 0,90 Mk.

ber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 5. Gratis

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands - Opposition.

beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei. oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

April 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baethke, Bln.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werder nicht aufgenommen.

Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Viele, bald allzuviele guter Kämpier gingen dahln, wurden gemordet, in die demokratischen Zuchthaus-Höhlen gesperrt,

Durch die Krise der III. Internationale wurden Telle revo

utionär fühlender Proletarier auf die Grundfragen der prole-

in Bewegung. Eine solche Gruppe von revolutionären Prole-tariern nebst parlamentarischen Führern stellte auch die "Ent-

schiedene Linke" dar. Die Partel machte einen großen Sprung

Opposition der KAPD.

Ein Dreivierteijahr währte dieser Kampi. Entschieden wurde er auf dem letzten Parteltag der KAP, in Berlin, der zu Ostern tagte und der erneut bestätigte,

das Programm der KAPD.

der proletarischen Revolution.

Die Opposition, politisch im Recht, hat in gründlicher Dis-kussion beschiossen, in die Partei zurückzukehren. Sie tut es aus der Erkenntnis heraus, daß angesichts des Wachsens der retormistischen Versumpfung einerseits und der dauernden Kapitalsotiensive andererseits eine weitere Aufrechterhaltung der selbständigen Organisation für die Selbstbewußt-

Zum ersten Male vereinigen sich in der Arbeiterbewegung

traten, ergeht schari und eindringlich der Ruf: Stärkt die Kommunistische Arbeiter-Partel, die Partel der Revolution in ihrem Kampf gegen die parlamentarischen Führer-organisationen. Helit sie ungeachtet aller Arbeiterigkeiten er-

Schließt erneut die Reihen!

Deutschlands - Opposition

zwei Telle einer Organisation aus eigenem inneren Antrieb ohne Führertechtelmechtel, ohne Tamtam, ohne Blendleuer

Die Entgleisung im Falle des Parlamentariers Schwarz is berichtigt, eine Wiederholung solcher Ex-perimente kommt nicht in Frage.

dist das Programm

oder traten abselts auf Grund wirtschaftlichen Ruins od

Mit diesen Proletariern setzten sich auch Beru

Der Parieitag der KAPD. und seine Beschlüsse zur Bifferenzfrage.

Die Stellung der Partei,

Zu den Werkzeugen, die in der jetzigen Phase des Kampfes für das Proletariat keine Bedeutung mehr haben und in ihrer Anwendung und Auswirkung konterrevolutionär sind, gehört auch die bürgerliche Demokratie. Der Parlamentarismus ist ganisatorischen und ideologischen Vorbereitung für die ent-scheidende Generalauseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Während dieser Zeit war der Parlamentarismus nicht nur historisch bedingt, sondern seine praktische Anwendung auch politisch richtig, es war ein Mittel zur Machtvergrößerung des

Die praktische Anwendung des Parlamentarismus und seine Erfolge konnten den bürgerlichen Ursprung und Inhalt und damit den reaktionären lanuskopt für die Arbeiterklasse wohl ie Wahlerfolge

Passivitat

Passivitat

The passivitat of the passivitation of the passi sionen über die bürgerliche Demokratie. Der Klass wurde ersetzt durch die Fraktionskämple; die Todfeindschaft zur bürgerlichen Ordnung entwickelte sich zur Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Klassen. Der Kampf mit dem Mittel, das zur Machtvergrößerung diente, wurde als Kampf um die Macht selbst hingestellt. Hand in Hand ging damit eine innere größere Entfernung von Massen und Führer und eine Verlumpung der letzteren, indem sie es sich an den Fleischtöpfen des Profits gefallen ließen. Aus diesen Gründen ist die KAP, antiparlamentarisch.

Auch der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale ist konterrevolutionär, weil er die demokratischen Illusionen des Parlamentarismus durch den Parlamentarismus überwinden will. Er steht der Entwicklung zum Klassenbewußtsein im Wege und verhindert revolutionäre Massenaktion, weil er den Massenbetrug zum Hebel der Massenaktion macht. Der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale muß landen und ist es schon bei der Koalitionspolitik. Je linker dieser Parlamentarismus ist. um so gefährlicher, um so rücksichtsloser muß er bekämpfi

Die Lage in der Partei.

ntiparlamentarischen Einstellung der KAP. Aus der antiparlamentarischen Einstellung der KAP. ergeben sich ihre Losungen und Aufgaben. Ebenso die Stellung zu den Liquidierungsnachwehen der EL. und den Beschlüssen der letzten CAS. zur Mandatsirage. Die Mandatsirage im Falle Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz als Sympathisierendem ist das Verhältnis wie zu jedem anderen außenstehenden Sympathisierenden und wird einzig und allein von dessen Haltung und dessen Tätigkeit bestimmt. Von demselben Gesichtspunkt aus ist eine finanzielle und schriftstellerische Hilfeleistung zu betrachten, und ist unter diesen Umständen die Annahme der Diäten kein Abirren vom prinzipiellen Standpunkt des Antiparlamentarismus auf "dem Weg zum Sozialdemokratismus". Ebensowenig berührt den diesen Umständen die Annahme der Diäten kein Abirren vom prinzipiellen Standpunkt des Antiparlamentarismus auf "dem Weg zum Sozialdemokratismus". Ebensowenig berührt den prinzipiellen Standpunkt der Partel, ob die Nichtniederlegung des Mandats von Schwarz selbst mit Existenzgründen erklärt wurde oder auch mit veranlaßt wurde durch persönliche Besprechungen mit einzelnen Genossen über die Zweckmäßigkeit der Niederlegung oder rein finanzielle Ausnützung. Die Partel stellte nicht die Frage der Niederlegung vor Schwarz, sondern Schwärz die Träge der Nichtniederlegung vor die Partel. Die Nichtniederlegung aus Gründen der Existenz hat mit elner Rechtiertigung von linkem Parlamentarismus nichts zu tun. Die CAS, hat die Frage diskutiert und mit Mehrheit die politische und organisatorische Haltung des GiffA. gebilligt. Es kann nicht die Methode des Parteitages sein, die Terminologie und das Prestige von einzelnen Genossen zur Basis seiner Beschlüsse zu machen, sondern als Richtschnur dient ihm die Gesamtlinie von Partei und Körperschaiten. Von diesem Standpunkt aus bestätigt der Parteitag erneut, daß die

Standpunkt aus bestätigt der Parteitag erneut, daß die von der Linie des Antiparlamentarismus nicht abge-

Die Vorwürfe gegen die Körperschaften können daher nicht aus einem Wechsel in der Stellung zum Parlamentarismus herrühren. Ebenso entspricht die Art der Vorbereltung und Behandlung des Falles Schwarz durch den GHA, und BAA, den proletarischen Prinzipien der Organisationsdemokratie, Eine eigene Stellungnahme der Körperschaften ist ihre Pilicht und Aufgabe und bedeutet keine autsparlamentarische Hand-

Schließt die Reihen!

Ein geflügeltes Wort von Karl Liebknecht. Viele Proletarier sprechen es aus, ohne sich der ganzen Tragweite dieses Wortes bewußt zn sein. Gerade jetzt, zum 1. Mai, ist das A und O jedes freigewerkschaftlichen Arbeiters: "Was wollt ihr denn? Wir sind die Masse und ihr stellt euch bloß immer

Daß diese riesige große Masse durch ihr eigenes Organi-

Schiedsspruchguillotine und Schlichtungszwang, gestelgert schiedene Linke" dar, Die Partei machte einen großen Sprung aus ihrer Isolation, um die Proletarier dieser Gruppe, weniger die Führer, zu gewinnen, Gehemmt durch mannigiache Umstände, geschwächt durch die zwangsläntige Isolierung, mißlang der Partei diese politische Aktion. Bei der Angliederung der "Entschiedenen Linken" entgleiste ein Teil der KAP, und wählte statt der Proletarier den parlamentarischen Führer. In Berlin trat die Hällte der Organisation in Opposition den "Kommunistischen Arbeiter" und die "Klassenfront" heraus. In seitener Einmittigkeit hat die rein proletarische Opposition ihren Kampf geführt. Sie war- und wollte nur sein die

Die Wahlen stehen vor der Tür. Seiner Tradition gemäß wird der deutsche Proletarier seinen Stimmzettel in die Urne werien, in der Meinung, dadurch seine elende Lage zu verbessern. Die processern werden der Meinung, dadurch seine elende Lage zu verbessern. Die processern werden der Partiern auf der Partiern stigen der Partiern auf der Partiern ist processer, werden sie um die Sthemen der Proletarier buhlen, ihnen das Blane vom Himmel herunter versprechen. Und nach der Wahl wird es im gesamten Blätterwalde stiller und stiller werden, sind doch die Parlamentsmandate gesichert. Der Kuhhandel in den Parlamenten beginnt das Oblekt dieses Handels aber sind die Proletarier. beginnt: das Objekt dieses Handels aber sind die Proletarier.

Wie war es bisher? Seit der deutschen, typisch deutschen Revolution, hat das deutsche Proletariat schon des öltegen gewählt. Es hat gewählt unter der Bewachung von Noskiden, die mit Handgranaten bewalinet waren, weil der Weg des Spartakusbundes

Die Noskedemokratie, d. h. der Stimmzettel, war gefahrloser und bequemer als der notwendige Einsatz der ganzen Person jedes Einzelnen für das Ziel der Klasse.

Zum Sozialismus, zur Gemein- und Bedarfswirtschaft, sollte sowohl der Weg von Spartakus als auch der der Kalser-

Die langjährige Periode kapitalistischer Aufwärtsentwick-lung vor dem Kriege hatte die Sozialdemokratie zu einer Organisation werden lassen, in der das revolutionäre Wort

Der Krieg brachte die Entscheidung. Doch auch die USP. fiese Partei der Dezembermänner, wie sie Liebknecht nannte, war nur ein verspäteter Sproß, der bald zurückkehrte in den Schoß der Väter. Selbst der Spartakusbund, der sich auf seinem Gründungsparteitag gegen die opportunis tarische Betätigung aussprach und darin auch die Wurzel der Versumpfung einer Organisation mitsah, blieb nicht von der parlamentarischen Seuche verschont.

Aus ihm schälte sich der proletarische, zielklare Kern I

Kommunistische Arbeiter-Partel um ihr Prinzip, um das Prinzip der Klasse.

von unten auf.

tarischen Revolution ernent gestoßen. Die dauernden Ver-leumdungen gegen die KAP, verlehlten letzten Endes ihren

sationsprinzip, durch ihre parlamentarischen Parteien und frei-gelben Berufsorganisationen einen völlig gefesselten Riesen darstellt, glauben heute noch sehr viele Proletarier nicht.

Ausbeutung, geringere Bezahlung im Realwert trotz erwiesener Mehrleistung und in deren Gefolge stetig stelgende Verelendung, haben noch nicht genügt, das deutsche Proletariat zum eigenen Denken und Handeln zu bringen.

nen zu beschwertich erschien.

ozialisten führen; ... also machten es die deutschen Proletarier mit dem Stimmzettel.

braucht und benutzt wurde.

die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung dar-stellte. Gegen eine Welt von Feinden, verlacht, bekämpit, verachtet von der sogenannten großen Masse, kämpite die

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands - Opposition Allgemeine Arbeiter-Union

organisationen. Hent sie ungeneunt halten als das scharfe Schwert der Revolution.

Sie vereinigen sich, weil sie zusami

e in Programm haben.

An alle Genossen aber, die während des Kamp

Der Weg zur Macht.

Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann einer Situation, wo die Partei, eben erst im Begriff war, ihre aus jahrelanger Isolierung entstandene ideologische und organi-satorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Alltag des satorische Listating die Losungen der Revolution zu schmieden. Die Geschichte der Partei läßt den stillen Widerstand einzelner ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erscheinen, weil die Partei bis dahin nicht ein-mal praktisch mit dem Essener Kathederkommunismus fertig

geworden war. Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Ge-Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unseren Reihen spukt, und daß die Reinigung von solch antiproletarischen Theorien je länger je mehr die Lebensfrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Formel preßte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisation von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in

den Abgrund führen. Von der akademischen Verachtung des Klassenkampfes. die sich in der Gloriole revolutionärer Traditionen sonnt, führt ein gerader Weg zur politischen Geschäftsmacherei, wenn aus Tätigkeitsdrang um jeden Preis das Ziel über die Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jene Reaktion heraufbeschworen, die Furcht vor Opportunismus als revolutionäres Prinzip ausgibt und damit vor dem Klassenkampf die Flucht ergreift. Die Partei hat sich in diesem Augenblick darauf zu besinnen, daß proletarische Realpolitik schärtste Selbstkritik gegen opportunistische Entartung fordert. Andererseits aber darf die Liquidierung der gegenwärtigen Differenzen keinesfalls bedeuten, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeuten muß, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf auf-nut, bekennt sie sich erneut zur Notwendigkeit des Einnimmt, bekennt sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreisens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel, durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und

verpflichtet, alle Genossen in diesem Sinne nach besten Kräften innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proleariat, die Wirtschaftskämple in Gegensatz zum Klassenkampt tellen, als Saboteuren der Revolution unerbittlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicler Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Proletarier aus der Praxis des Kampfes auf die politischen Zusammenhänge ihrer Lebensinteressen stoßen wo allein die Notwendigkeit der Revolution bewußt werden kann. Die jeweiligen Anknüpfungspunkte dieser Tätigkeit können nur außerhalb der bürgerlichen Gesetzlichkeit liegen, so daß gewerkschaftliche oder parlamentarische Bindungen unter keiner Voraussetzung und in keiner Form in Betracht

Indem der Parteitag die realen Moglichkeiten zur Liquidierung der Opposition ins Auge faßt, ist er nicht nur ver-pflichtet, zur Wachsamkeit gegen Opportunismus zu rufen, sonlern muß auch die Frage nach der politischen Grundlage der Opposition stellen. Wichtig dafür ist die Tatsache, daß die Opposition wohl ohne jede Beschränkung gegen die Politik der örperschaften gekämpst hat, daß sie aber nirgends der Essener lichtung entgegenketreten ist, die aus den gegenwärtigen Differenzen die Richtigkeit ihrer Auffassung ableiten will,

Indem der Parteitag seinen Standpunkt über die Lage in der Partei zusammenfaßt, gibt er allen ehrlichen Revolutioaren Gelegenheit, in die Reihen der Organisation zurückzukehren. Die Voraussetzung besteht in der Liquidierung jeg-licher Fraktionsarbeit und restloser Wahrung der Parteidisziplin. Eine Verhandlung zwischen Kontrahenten lehnt er

Nur so kann die Partei zu einer ideologischen Einheit kommen, die zur revolutionären Praxis unbedingt notwen-

Zur Frage der Politik gegenüber der E. L. Antrag Berlin:

Die Partei versuchte zum ersten Male auf konstruktivem Wege, Teile von Arbeitern mit parlamentarischen Traditionen anzugliedern. Es erwies sich jedoch, daß die Partel nicht stark genug war, diese Aufgabe, die das Prinzip nicht verletzte, bis zu Ende durchzuführen. Die Partei erklärt, daß der Fall-

Schwarz nur ein Giled in der Kette dieser Politik war.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß dieser Versuch die Partei so stark belastete, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und politischer Verwirrung in greif-

bare Nähe gerückt war.
Der Parteltag erklärt, daß fraktionelle Angliederung und e Verstärkung der Partei auf diesem Wege für die Zukunit nicht in Frage kommt.

Die Partei und die Opposition Antrag Ruhrgebiet:

Der Parteitag spricht offen aus, daß die Kommunistische Arbeiterpartei eine revolutionäre Partei ist, die dem gesamten Proletariat als Beispiel geistiger Klarheit und selbstgewollter evolutionärer Disziplin von unten auf vorangehen muß.

Der Parteitag erklärt, daß durch leichtsinniges Zerbrechen der Partei in taktischen Fragen, wie dies bei der Opposition geschehen ist, die Partei diskreditiert und der konterrevo nären Spekulation sozialdemokratischer und leninistischer Demagogen in die Hände gearbeitet wird. Indem der Parteitag vor dem gesamten Proletariat ausspricht, daß die revolutionäre Partei solche Tendenzen mit allen Mitteln bekämpft, fordert er die Genossen auf, die diesen prinzipiellen Weg verlassen haben, in die Partei zurückzukehren und mit uns den Kampf naben, in die Farie Zuharten Der Fintritt in die revolution gemeinstam weiterzufähren. Der Fintritt in die revolution Parten dari keine Prestigelrage sein, sondern muß aus der

nntnis entspringen, der Revolution zu dienen.

Die Beschlüsse des Parteitages sind bindend, wer trotzdem Verbindungen mit Gruppen aufrechterhält, die sich weigern, in die Partei zurückzukehren, stellt sich damit außerhalb der Reihen der rev. Partei.

Zusatzantrag Sachsen:

In bezug auf die Rückkehr der oppositionellen Genossen erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß je der von ihnen wietatutengemäß aufgenommen wird, der sich auf den Boden Disziplin und Taktik der Partei stellt und die Beschlüsse Parteitages anerkennt. Selbstverständlich müssen diese ssen die Anwürfe, die die proletarische Ehre der Körper-

(Bemerkung der Redaktion: Die vorstehenden Anträge wurden vom Parteitag mit Mehrheit angenommen.)

Holland: Feststellung.

Als Vertreter der holländischen Genossen stelle ich fest, daß der Vertreter des ehemaligen GHA. zugegeben hat:
1. "Die theoretische Rechtfertigung der Lösung des Falles
Schwarz in der KA.-Z. stellt keine offizielle Stellungnahme der Körperschaften der KAPD, dar."

2. Die Lösung des Falles Sch

in Frage.

Der Parteitag muß diese Aussage deshalb besonders zur Kenntnis nehmen, weil sie einen wichtigen Schritt zur Klärung der strittigen Fragen darstellt. Holländische Delegation.

(Feststellung des Büros des Parteitages): Der Parteltag nimmt diese Erklärung ohne Widerspruch

Ergebnis der Kontrollkommission der Zentral-Ausschußsitzung vom 29. bis 30. Oktober 1927.

1. Frage: Ist die Anregung, das Mandat nicht nieder zulegen, von Schwarz selbst ausgegangen oder vom GHA.? Feststellung: Sie ist ausgegangen von Funktionären der

2. Frage: Ist es wahr, daß der GHA. die Frage der Mandatsniederlegung zuerst unter sich entschied und vorläufig die Diskussion in der Mitgliedschaft verbot?"

Feststellung: Nachdem die Körperschaften diese Frage an-

geschnitten hatten, ware es ratsamer gewesen, nicht so lange zu zogern, sie vor die Mitgliedschaft zu bringen. Dann wäre vermieden worden, daß die Frage von hinten herum an die Mitgliedschaft herangebracht wurde und damit auch eine Ursache der Krise vermieden.

3. Frage: Klärung der Notwendigkeit des Ausscheidens

von zwei (oppositionellen) Genossen aus dem Arbeitsausschuß?
Feststellung: Die Forderung, Genossen Grow e aus dem Arbeitsausschuß zurückzuziehen, war berechtigt, dagegen mußte die Zurückweisung des Genossen Schwalm mit der

muste die Zurückweisung des Genossen Schwalm mit der gegebenen Begründung aufreizend wirken.

4. Frage: Ausschlußanträge Schmidt, Lincke?
Feststellung: Es ist vom Genossen Wülfrath zugegeben worden, daß auf der betreffenden Mitgliederversammlung die Opposition nicht als geschlossene Einheit aufgetrefen ist. Einzelne heftige Ausdrücke von seiten oppositioneller Genossen erscheinen uns noch nicht als Grund für die Stellung des Ausschlußanterstell

Seiten nicht einwandfrei gehandelt worden. Aber die Ansicht der Opposition, daß mit dem Beschluß dieser Versammlung an sich schon die Entscheidung überhaupt gefallen sei, ist unrichtig. Jedenfalls hätte aber das Abstimmungsergebnis solort in der KA-Z. veröffentlicht werden müssen und nicht der Anschein erweckt, daß der Entschließung der Versammlung nicht stattgegeben werden sollte.

6. Frage: Vorgänge bei den Einigungsverhandlungen? Feststellung: Das in den bisherigen Punkten Festgestellte zeigt, daß in der Opposition eine gewisse gereizte Stimmung aufkommen konnte, berechtigt aber ganz und gar nicht, zur Maßnahme einer Beitragssperre zu greifen. Das Verhalten der Opposition nach den Charlottenburger

nigungsverhandlungen zeigt, daß sie in ihren Forderungen nicht das zur Einigung nötige Maß einhalten konnte. Trotzdem hält die Kontrollkommission weitere Schritte, um zur Einigung zu kommen, ish nötig, nicht ohne Aussicht auf Erfolg.

Die Stellungnahme der Opposition den Parteitagsbeschlüssen im

Die vorstehenden Beschlüsse zur Frage Schwarz erscheinen, im Zusammenhang betrachtet, widerspruchsvoll und sind es auch; ein Muster an Klarheit stellen sie schon deswegen nicht dar, weil sie ein Kompromiß sind. Der unbefeiligte Leser wird vergeblich nach dem Erfolg der Opposition suchen. Dennoch ist ein solcher vorhanden; er wird nach kurzer Schilderung der Situation auf dem Parteitag sichtbar.

Falle Schwarz.

Bekanntlich hatte die Opposition ihre Zulassung auf dem Parteitag beantragt. Was immerhin zu erwarten war, traf ein: eine Parteitagsmehrheit lehnte die Zulassung aus organisatorischen Gründen ab. Die innerhalb der Partei stehende Opposition war daher durch diesen Beschluß in ihrer Position, rein zahlenmäßig betrachtet, erheblich geschwächt. Nach dieser Konstellation der Kräfte auf dem Parteitag war zunächst

Dienstay, den 1. Mai 1928, vorm. 91/2 Uhr, in Haverlands Festsälen, Berlin C, Neue Friedrichstr. 35, Eingang Rochstraße PROLETARIER, ERSCHEINT IN MAS EN! KAPD. AAUD.

zu erwarten, daß die Beschlüsse zur Differenzfrage im Sinne des Geschäftsführenden Haupt-Ausschusses erledigt würden. Das ist jedoch nicht geschehen; unter dem Druck der politischen Argumente der Opposition innerhalb der Partel verstanden sich die in die Enge getriebenen Körperschaften zu

Zugeständnissen, die von der Parteitagsmehrheit mitgemacht wurden und die in den außer den Thesen des GHA., ange-

ommenen Entschließungen ihren Ausdruck fanden. Es soll vorweg gesagt werden: nur unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses werden die von unserem Stand-punkt aus unzulänglichen Beschlüsse verständlich; noch mehr, die Tatsache, daß die an Zahl schwache Or seition der Partei-tagsmehrheit diese Zugest ihre ideologische Stärke und die Beschlüsse beweist ihre ideologische Stärke und die Beschlüsse beweist ihre Beweise and der Beweise a der Beweis erbracht, daß politische Fragen eben nicht mir mit organisatorischen Mehrheiten gelöst werden können, wenn das

Recht auf der Seite der Minderheit ist. Die der Reihe nach angenommenen Entschließungen stellen also das Ergebnis eines stundenlangen, erbitterten Ringens rachtet, können sie eine gerechte Würdigung erfahren.

Trotzdem muß zu den Beschlüssen einiges gesagt werden. Wir verzichten darauf, noch einmal ausführlich zu den Thesen Unsere Aufgabe ist erfüllt. les GHA. Stellung zu nehmen; das ist bereits in der vorigen Angelegenheit der Partei", ein widerspruchsvoller Unsinn ist. Das Gegenteil hiervon wird allein dadurch bewiesen, daß dieser Fall ein stundenlanger Tagesordnungspunkt des Partei-tages war, von dem es in der Entschließung der Berliner Delegation nicht nur heißt, daß er "nur ein Glied in der Kette nuch "dieser Versuch die Partei so stark belastete, daß die Gefahr eines organisatorischen Zusammenbruchs und poli-

tischer Verwirrung in greifbare Nähe gerückt war". Also doch ein-Fall der Partei und, wie es nach diesen

Worten scheint, sogar ein schwerer. Durch die Annahme der GHA.-Thesen hat der Parteitag d en Funktionären Absolution erteilt, die Schwarz erst die Anregung zu seinem Verhalten gaben und ihn in den Stand setzten die Frage der Nichtniederlegung vor der Partei zu stellen. Daß das so war, beweist die diesbezügliche Fest-stellung der s. Zt. vom Zentralausschuß eingesetzten Kontroll-kommission, die sich mit den Behauptungen der Opposition deckt. Auch die Opposition hat nie behauptet, daß diese Ermunterung gegenüber Schwarz, sein Mandat beizubehalten, vom GHA. ausgegangen ist; uns erschien es schon genügend be-lastend, daß sie überhaupt von verantwortlichen Parteifunktionåren ausging. Trotzdem sehen wir es als einen Fortschritt an, wenn der Referent des GHA, in seinem Referat: "Aufgaben der Partei" (KAZ. Nr. 31) die Frage aufwirft, ob denn die mmission mit Funktionären der KAP. den GHA. gegemeint habe, und sie dann im selben Moment verneinte. In der Feststellung, daß die Anregung nicht vom GHA. ausgegangen ist, erblicken wir das Bekenntnis des ehemaligen GHA., daß eine solche Handlungsweise mit der Stellung eines KAP.-Funktionärs nicht in Einklang zu bringen ist. Trotz der vom Parteitag erteilten Absolution nehmen wir übrigens gern an, daß es keinem der beteiligten Funktionäre jemals einfallen

wird, bei einem künftigen Falle ähnlich zu handeln.

Mit der Entschließung der Berliner Delegation hat es jedoch noch eine besondere Bewandtnis. Hier wird unzweifelbeit und Deutschließung der Sünden haft aus Prestigegründen der Versuch gemacht, den Sündenfall Schwarz mit der gesamten Politik gegenüber der EL zu verquicken. Zwischen dem Versuch, eine Gruppe revolutionärer Arbeiter auf konstruktivem Wege der Partei anzugliedern und dem Verhalten gegenüber dem parlamentari-schen Führer wird hier gar kein Unterschied gemacht, obgleich jedem klar ist, daß ein solcher möglich war, weil ja der "Fall Schwarz" nicht notwendig ein Glied in der Kette der konstruktiven Angliederungspolitik sein mußte. Hätte sich also die Partei für die Arbeiter der EL und gegen den parlamentarischen Führer, der sein Wort gebrochen hatte, ent-schieden und nicht umgekehrt, brauchte die Politik in der Richtung auf konstruktiver Angliederung noch lange nicht falsch zu sein. Wir sind die letzten, die dieser Politik ein uneingeschränktes Loblied singen wollen; sicherlich sind auch hierbei genügend Fehler gemacht worden, schon insoweit, als die Verbindung zwischen KAP, und EL, vom Anfang bis zum Ende fast ausschließlich Werk der Instanzen war. Das war allerdings kein spezieller Fehler der KUrperschaften, sondern ein Ausdruck der Schwäche der Gesemtpartei, die da-

mals noch nicht voll begriffen hatte, daß ihre Aufgabe sein mußte, den Arbeitern der EL. die Ueberwindung des Leninis

mus und den Weg zur KAP, zu erleichtern. Obgleich allerdings in dieser Frage die Meinmag der Oppotion keine absolut einheitliche sein dürfte, kann wohl gesagt werden, daß die Partei auch in der Zukunft unter gewissen mständen auf konstruktive Angliederung irgendwelcher Proletariergruppen nicht verzichten kann, wenn sie nicht überhaupt auf die Erweiterung ihres organisatorischen Rahmens verzichten will. Bedingung allerdings ist. daß die Partei die mit der Politik gegenüber der EL. verbundenen Erfahrungen im revolutionaren Sinne verwendet und stets eingedenk' ihrer Hauptaufgabe ist, die darin besteht, solche Teile von Arbeitern mit dem Geist der KAP, zu erfüllen, ohne dabei Konzessionen an sie oder die noch mit ihnen verbundenen Führer zu machen.

Weil die Partei also in einem besonderen Falle (Fall Schwarz) zu schwach war, wird hier der Versuch gemacht, eine ganze Politik (mit der EL.) für die Zukunit abzulehnen. Das erscheint uns nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. weil es die Partei in eine irrige Isolationsansicht zurückwirft, die eigentlich überwunden sein müßte; weil es jene philister-hafte Ansicht von Teilen in der Partei begünstigt, die in stoischer Ruhe abwarten wollen, bis die Arbeiter von allein ommen. Wer der Partei diese Aufgabe zuweist, bringt sie n die gefährliche Nähe eines nur bannerhochhaltenden Diskutierklubs, der aus Angst, abzurutschen dem Kampfe um die Erringung anderer Proletarier schmählich ausweicht. Eine solche Aufgabe kann und darf die Partei nicht haben; sie muß vielmehr im praktischen Kampf bei unbedingter Einhaltung ihres Programms über ihren jetzigen organisatorischen Rahmen hinauswachsen, dann wird sie in Wirklichkeit der Kampffaktor ür die proletarische Revolution sein.

Einer der wesentlichsten Erfolge der Opposition auf dem Parteitag, zugleich der Ausdruck ihrer ideologischen Stärke. ist die ohne Widerspruch entgegengenommene Feststellung der holländischen Delegation. Sie ging zu Protokoll les Parteitages und müßte folgerichtig in der Parteipresse erscheinen. Bis jetzt ist das nicht der Fall; wir nehmen aber an, daß sich die hollandische Bruderorganisation dafür einsetzen wird, so wie das die Opposition nach ihrer Rückkehr in

ie Partei tun wird. Nach dieser Feststellung hat der Vertreter des GHA. er därt, die theoretische Rechtfertigung der Lösung des Falles Schwarz stelle keine offizielle Stellungnahme der Körper-schaften dar. Nach diesem nachträglichen Ruckzug stände zunächst die Frage offen, wer für diese "theoretische" Rechtertigung verantwortlich zu machen sei. Zweifellos dann die Redaktion, die, nachdem der GHA. derartig brüsk abgerückt ist, ihre Konsequenzen ziehen müßte. Indessen wird das nicht ganz ohne Nachhilfe der Gesamtparter Möglich sein.

Nach der Feststellung der Holländer erklärte der ehe nalige GHA.-Vertreter weiter, daß die Lösung des Falles "hart am Abgrund" vorbeiging und eine Wieder-holung solcher Experimente nicht in Frage kommt. Diese Worte widersprechen nicht nur der These, "daß der Fa!! zeigen noch mehr: deutlicher und entschiedener kann niemand von seiner Politik abrücken, die sich nach eigener Schilderung als ein gefährliches Experiment, also als schlechte Politik, erwies.

Dieses Eingeständnis, welches zugleich die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt, gibt der Opposition die Möglichkeit, in die Reihen der Partei zurüstzukehren. Das Wort von verdecken, aber nicht überwinden. Je größer d napywen jagep der Arbeiter wurden, um so mehr gerieten sie in na 14piu usp a ber — sie is jablätter das Erstarken der Kirchenidee in Die Coos unterstützt durch das Drucken von Bibeln in Mostauer Staatsdruckerei aus ihrem Wiedereintritt gleichfallen zu eine Durage Get sie

so, wie ihr die Beitragssperre nur meutostim zwecke der Erreichung einer breiten Diskussion, aber niemals Selbstzweck zu einer eigenen Organisation war.

Die Opposition, die nur die Opposition der KAP. war und

sein wollte, hat ihr Ziel erreicht: Sie hat durch ihre Konsequenz der Reichsopposition mit der Parteitagsmehrheit dar; nur so be- die Partei auf eine falsche Politik aufmerksam gemacht, sie hat die breiteste Diskussion erreicht und politisch Recht behalten. Der Parteitag ist von der falschen Politik abgerückt.

Die Aufrechterhaltung einer eigenen Organisation neben Nummer des "Kommunistischen Arbeiter" geschehen. Es der Partei erweist sich damit als überflüssig; sie würde sogar in der Zukunft für die Verbreitung des KAP.-Gedankens hemheißt: "Die Mandatsfrage im Falle Schwarz war und ist keine mend sein. Die Opposition kehrt daher unter notwendiger Kritik und Würdigung der Beschlüsse in die Partei zurück, wobei sie aus echt, daß sie von ihrer politischen Auffassung n i c h t s; von ihrer Kritik einzelner Mißstände innerhalb der Partei nur d a s zurücknehmen kann, was ihr als falsch und unberechtigt nachgewiesen wird. Maßregelungen einzelner Genossen wird dieser Politik (mit der "Entsch. Linken", D. Red.) war", sondern die Opposition entsprechend der Entschließung Sachsen nicht hinnehmen; sie ist sicher, in dieser Auffassung mit der Mehrheit der Partei in Uebereinstimmung zu sein. Etwaige Reibungen, die auf Grund der gewesenen Differenzen entstehen können, wird die Opposition durch politische Arbeit im Sinne der Partei auszugleichen versus Blick gemeinsam mit der Gesamtpartéi in die Zukunft richten wird. Das Ziel muß sein, bei aller Beweglichkeit und einem Höchstmaß von Aktivität das Programm der Partei hochzuhalten. Die Partei ist kein chemisches Laboratorium, in welchem gefährliche Experimente angestellt werden; sie ist and muß sein die Partei der revolutionären Marxisten-Kommu-nisten, die in prinzipiellen Fragen, keine Zweckmäßigkeit, son-

dern unbeugsame Härte kennt. In diesem Sinne betrachtet die Opposition die gewesenen Differenzen als eine unliebsame Episode, als einen revidierten Fehler, dessen sich die Partei nicht zu schämen braucht. Es gilt, durch verstärkte Arbeit den Gedanken der Partei der Revolution voranzutragen. Bei der Zusammenfassung aller gleichgerichteten Kräfte wird und muß das gelingen. Die Opposition wird ihrerente mit allen Kräften dem beitragen sition wird ihrerseits mit allen Kräften dazu beitragen.

An unsere Leser!

Die Einheit der revolutionären Partei und Union ist wieder nergestellt. Der Parteitag hat gezeigt, daß die KAP. noch eine Arbeiterpartei ist, der alte Kurs der richtige war. Die Opposition hat ihre Aufgabe erfüllt und kehrt in die Partei und Union zurück. "Kommunistischer Arbeiter" und "Klassenfront" stellen hiermit ihr Erscheinen ein.

Große Aufgaben, schwere Kämpfe stehen vor der wiedervereinten Partei und Union.

Die Hauptaufgabe fällt hierbei der revolutionären Presse und ihrer Verbreitung zu. Die "Kommunistische Arbeiter Zeitung zu. Die "Kohrmun strache Aum pf-ruf" als das der AAU., führen den antiparlamentarischen und cantigewerkschaftlichen Kampf mit aller Schärfe. Als Arbeiterzeitungen, die von Arbeitern für Arbeiter geschrieben werden, die sich nicht durch die Inserate der Kapitalisten bestechen lassen, reißen sie rücksichtslos dem Kapital und seinen Zuhältern die Larve vom Gesicht, zeigen den einzigen Weg zur

Jeder klassenbewußte, ehrliche, revolutionare Arbeiter muß Leser und Werber für "KAZ." und "Kampfruf" sein. Die Revolution braucht viele Kräfte, Darum helft mit, große Ziele zu erreichen, reiht euch ein in die Klassenfront der Allgemeinen Arbeiter-Union, stärkt die Vorhut der Revolution, die Kommunistische Arbeiter-Partei!

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

THE SECTION OF THE SE